

Arbeiterkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelnummer 10 Pfennig. Preis pro Quartal 30 Pfennig. Preis pro Halbjahr 60 Pfennig. Preis pro Jahr 120 Pfennig. Druck und Verlag: Arbeiter-Kommunist. P. O. Box 1000, Halle-Merseburg, 46800. Druck: Verlagsanstalt 14. Februar 1923, 1047, 2251. Schriftleitung: Sonntag 12-1 u. 4-6 Uhr.

Der Einzelpreis beträgt 85 Pfennig für den 1000er Heft und 500 Pfennig für den Resten, anfallend an den entsprechenden Lieferungen. Abzugeben bis vormittag 1 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Verlagskonto: Leipzig 1008 48, Fritz Strub, Halle.

Einzelpreis 80 Mark

Montag, den 26. Februar 1923

3. Jahrgang, Nr. 48

Gegen den Agrarwucher!

(Eigener Bericht)

Der Landtag erledigte in seiner Sitzung am Sonnabend zunächst kleinere Vorlagen. Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über eine Gerichtsgemeinschaft zwischen Preußen und Württemberg stellte Genosse Meyer die württembergische Klagenliste an den Pranger. Er verwies auf die Verteilung von Realsteuern der Süddeutschen Arbeiterzeitung zu 6 und 4 1/2 Monaten Gefängnis, weil sie zum Kampf gegen die Orgel aufgerufen hatten. Die württembergische Justiz unterließ sich die süddeutschen Verbände der Kontroverze.

Dann wurde die Debatte über den Landwirtschaftsetat fortgesetzt. Alle Redner, einschließlich der Sozialdemokraten, begannen aber schloßen ihre Ausführungen wiederum mit nationalitätstypischen Phrasen zum Ausklang.

Genosse Allan
Berlin, 24. Februar.
In seiner Rede diese nationalitätstypischen Klaffen herunter und zeigte, wie hinter ihnen die Kapitalisten, allen voran die Agrarier, das arbeitende Volk ausplündern. Tatsache sei, daß es einem Teil der Kleinbauern ebenso schlecht gehe wie den Arbeitern, da sie ebenfalls unter den Würgungen der kapitalistischen Ausbeutung ständen. Vieles würden sie zur Umlage über ihre Leistungen hinaus herangezogen, weil die Großagrarien in den Preisregulierungskommissionen herrschten und sich von der Umlage befreiten. Den Großagrarien aber ginge es gut, daß sie ihre Reichtümer gar nicht mehr unterbringen müßten. Wenn in der „Deutschen Tageszeitung“ ein 1000 Morgen großes Gut gegen Anzahlung von 45 Millionen Mark zu kaufen gefordert wurde, wenn in Halle eine Gutsherrin bei Fortsetzung des Pachtvertrages für die beiden letzten Jahre je 25 Millionen auf die Pachtsumme von 64.000 Mark nachzuschaffen sich erbot, wenn im Kreise Sangerhausen ein früherer Landwirt, der bei Eigenbewirtschaftung stets nahe an der Pleite war, jetzt bei Verpachtung seiner Landereien eine jährliche Einnahme von etwa 3 Millionen habe, beweise das die glänzende Lage der Landwirtschaft. Sie würde mit dem zunehmenden Notstand im arbeitenden Volk immer besser. Da im Reich je eine weitere Erhöhung des Umlagepreises auf 600.000 Mark die Löhne durchgesetzt worden sei, da der Weizen, Getreide und Kartoffelwucher immer schrankenloser sich ausbreiten könnte, bedeute das weitere Verelendung, zunehmende Verelendung der Gesundheit, Steigerung der Hungertodesfälle in den notleidenden Schichten. (Sehr wahr! Ams.) Unverantwortlich sei die Haltung der Sozialdemokratie, die im vorigen Jahre im „Vorwärts“ gegen die Erhöhung des Umlagepreises gewettert hätte, heute aber vor dem arbeitslosen Volk bedingungslos die Engel freisetze. Das durch sie im Reichsausgleich gemachte Angebot von 500.000 Mark Löhnenpreis für das Umlagegetreide sei unverantwortlich, ein Schlag ins Gesicht der hungernden Volksmassen. (Sehr richtig! h. d. Komm.) Wenn der Zentrumskreisler von Bapen erklärt habe, daß die Landwirte nicht überzeit des Meier und über die Partei stelle, aber hinsichtlich, man solle ihr die richtigen Bedingungen stellen, beweise das die Unverantwortlichkeit des agrarischen Bauern, über den sich nur kurzum im Hauptausgleich namens der Zentrumsarbeiter der Abg. Weginger entließ hat mit den Worten: „Man erkenne an dem zunehmenden Wucher, daß die Bauernwirtschaft nicht zu früh aufgehoben worden ist.“ (Hör, hört! h. d. Komm.) Von den Landwirten sind die richtigen Arbeiter, die in ihrer großen Zahl das höchste Fundament zur Sicherung der Volksernährung bilden, von deren Arbeitslohn in der Zukunft alles abhängt, hätte kein Redner, auch nicht der Sozialdemokrat, mit einem Wort gesprochen. Ihre Lage sei traurig, schick in Brandenburg würden noch Eisenbahnzüge von 17 bis 80 Mark gezahlt. Die Koalitionsparteien könnten sie auch gar nichts für die Landarbeiter übrig haben. Ihre Regierung halte doch Schupo und Lenso bereit, um die Landarbeiters treis niederzulagern und den agrarischen Ausbeutern überzulassen. Der rechtsparlamentarische Antrag, die Landarbeit beim Verkauf der Produkte von der Umfassener zu befreien sei schäblichster Schab auf die Not der Landarbeiter, die oft infolge des geringen Lohnes bei notwendig größeren Anschaffungen von ihrem Deputat leidet verkaufen daß sie selber hungern müßten. (Sehr richtig! h. d. Komm.)

Am Schluß begründete Genosse Allan die von der kommunistischen Fraktion gestellten Forderungen auf ein unabhängiges Gericht über die Kontrolle der Landarbeit, Sozialisierung der Kohlen, Stiefgüter, landwirtschaftlichen Maschinenindustrie und der Elektrizitätsversorgung, genossenschaftlichen Zulammenfluß der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, Ausbau der Rückwärtsbewegung unter Mitwirkung der Kleinproduzentenorganisationen, Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter unter Festlegung des Achtstundentages, sowie Lenkung der landwirtschaftlichen Betriebe durch die Orgel und Technische Stille.

Vor der Beratung beantragte Genosse Schulz, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die kommunistischen Forderungen zur Lösung der Notlage der breiten Massen und zum Verzicht des Unterhandlungsausschlusses über die mittelständlichen Arbeiter zu setzen. Wieder wurden keine Anträge abgelehnt, diesmal mit den Stimmen der SPD.

Vor Beginn der Sitzung hatte Heilmann eine Erklärung abgegeben, daß er kürzlich, um der SPD, etwas anzubringen, ein Zitat aus einer Broschüre des von der SPD, ausgeschlossenen Klein-

berg falsch wiedergegeben habe. Dieses Fälschungsgeld nagelte namens der kommunistischen Fraktion nach Schluß der Tagesordnung Genosse Meyer in einer Erklärung fest.
Montag: Fortsetzung der Landwirtschaftsdebatte.

Wucherfreiheit für Zucker!

Vor der Aufhebung der Zuckerwirtschaft

Der Ausschuß für landwirtschaftliche Ernährung des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit der Zuckerwirtschaft. Die Unternehmer verlangen die Aufhebung der Zuckerwirtschaft und freie Zuckerwirtschaft 1923/24. Die Vertreter der Arbeiter und Verbraucher weisen darauf hin, daß die Zuckerpreise sich auf die Weltmarktpreise angeschlossen hätten und daß gerade im letzten Wirtschaftsjahr infolge des großen Profits der Zucker an die vertriebenen Industrien verkauft wurde, während für die Bevölkerung kein Zuckerverbrauch vorhanden war. Mit 14 gegen 2 Stimmen wurde aber eine Resolution angenommen, in welcher von der Regierung eine sofortige Erklärung über ihre Absichten im Wirtschaftsjahr 1923/24 und die Aufhebung der Zuckerwirtschaft verlangt wurde. Die Forderung nach uneingeschränkter Wucherfreiheit ist auch ein Beitrag zu nationalen Einheitsfront.

So sieht der Preisabbau aus

Unaufrichtig sind Berörungen und Anrufe zum Preisabbau herausgegeben. Wie es in Wirklichkeit aussieht, das zeigt der Großhandelsindex der Industrie- und Handelszeitung für die vergangene Woche. Während allein in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar das Großhandelspreisniveau um 68 Prozent gestiegen ist, sank es trotz der 90 bis 95prozentigen Besserung des Marktwertes in der vorletzten Woche nur um 6,9, in der eben vergangenen Woche um 5,7 Prozent. In der vergangenen Woche ist aber der Dollar um 11,6 Prozent durchsichtlich zurückgegangen. Während der Umwertungsfaktor der Mark, gemessen am Dollarkurs in Berlin, 502,8 betrug, sind die Großhandelspreise durchsichtlich auf das 650-fache gestiegen, Textilien durchsichtlich nicht weniger als auf das 907-fache, Kohle, Eisen usw. auf das 867-fache.

Angeheure Viehzüchtervergeudung in Südamerika

Der Widerspruch des Kapitalismus

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die sich auf der maßlosen Gucht nach Profit gründet, gebiert die furchtbarsten Widersprüche. Während in Europa Millionen ansehnlich verhungern, verkauft in amerikanischen Ländern das Viehvieh und gibt die Hauptnahrungsmittel für die Menschheit, daß dafür überhaupt nichts mehr geachtet wird und daß man die jungen Kälber tötet, um die Überflüsse zu vernichten. Von dieser Kritik in der argentinischen Viehzucht berichtet Leonard Motters in einem Brief aus Buenos Aires, den die „A.N.A.“ mitteln. „Die Finanziers, die Viehzüchter, die sonst die reichste und einflussreichste Berufsgruppe in Argentinien sind, machen eine löse Zeit durch. Der Wert des Rindviehs ist so tief gesunken, wie noch nie in der Geschichte der Südamerikanischen Viehzucht, und die Herden, die durch treffliche Zucht nur noch aus Mutterexemplaren bestehen haben sich so vermehrt, daß niemand mehr etwas zahlen will. Stiere werden zu Preisen verkauft, die höchstens noch ein Drittel des Preises von 1920 betragen, und Kühe und Kälber sind überhaup kaum noch veräußert. In den letzten Wochen wurden Kühe zum Preise von 6 Silling das Stück losgeschlagen, und bei einer öffentlichen Versteigerung konnte der Auktionator die Tiere einzeln überhaup nicht mehr los werden, sondern verkaufte sie herdenweise, wobei für eine ganze Herde weniger als 2 Pfund 2 Sterling geboten wurden. Bei solchen Preisen kann der Viehzüchter natürlich nichts verdienen und gerät in Bergeweisung. Auf seine letzten Klagen kann ihm nichts weiter beantwortet werden, als daß das unausweichliche Gesetz von Angebot und Nachfrage walte, daß es nie zu viel Rindvieh in Argentinien gibt und daß die verarmten Europäer diese Ware nicht mehr kaufen können. Vor 50 Jahren und mehr, als Argentinien nicht mehr als das Rindvieh, das es erzeugte, verkaufen konnte, als die Herden ungeheuer zunahmen und das Land in Grasland brachten, von ihnen aufgefressen zu werden, da wurden lösonngeliche Viehzüchter unter dem Hintzick angezogen und die Tiere zu Tausenden in ihren Herden getötet. Etwas ähnliches geschieht sich jetzt wieder in Argentinien. Ich sprach neulich mit einem Viehzüchter, der mir erzählte, daß ihm und seinen Genossen nichts anderes übrig bliebe, als Teile ihrer Herden abzuschlachten und die weitere Aufzucht einzustellen, bis die Nachfrage wieder das Angebot übersteige. „Auf einer Etzante in der Nähe von mir“, sagte er, „hat der Verwalter Befehl erhalten, alle jungen Tiere zu töten, und jeden Morgen reitet er durch die Herden und erschießt die Kälber, die in der Nacht geboren wurden.“ Das ist für die Lage beschmendend.

Mietereist in Berlin. Eine von 6000 Mietern beschickte Petition an den Reichstag beschloß nach teilweise recht fürnehmlichem Verlauf den Mietereist auf 1. März.

Dollar heute vormittag 22600 Mark

Paris wählt den Revolutionär Marty gegen Poincaré-la-Ruhr!

Von Jacques Saboué (Paris)

In Frankreich zeigt die kommunistische Agitation jeden Tag neue und glänzendere Erfolge.
Am 3. Januar 1923 versicherten die Genossen Cachin und Monmoussin, Comard und Treint, die heute sämtlich im Gefängnis schmachten, in einer impopulären Volkserammlung in Paris öffentlich der Genossen Koll Wollstein, die dort als Vertreter der deutschen Arbeiterpartei erschienen war, daß unter revolutionären Organisationen durch diesen Klassenkampfe den vom französischen Imperialismus mit voller Verbelegung geplanten Ueberfall auf das Ruhrgebiet zu hemmen und zu hindern wissen würden.

Daraufhin brachen die Reformisten aller Schattierungen in ein schallendes Gelächter aus. Sie verhöhnten die Kommunisten als Schmeißer und Großsprecher. Sie prophezeiten im voraus den Zusammenbruch unserer Arbeit. Und um ganz sicher zu sein, begannen sie alsbald eine wütende Sabotagekampagne gegen die revolutionäre Tätigkeit unserer Genossen. Sie griffen zur Lüge und Verleumdung und verbandigten sich gleichzeitig mehr oder minder heuchlerisch mit der Bourgeoisie.

Aber trotz des Betrugs der reformistischen sozialdemokratischen und gemäßigten Führer, halten die kommunistische Partei und die Unitarische Allgemeine Arbeitsfondoration glänzend und heldenhaft ihre Versprechungen.

Die Energie, mit der sie in enger Zusammenarbeit mit den deutschen Organisationen den proletarischen Widerstand vorbereiteten, ließ Herrn Poincaré sehr erkennen — er ist in dieser Hinsicht bei weitem hellsehender als der Reformisten —, daß es ihm wäre, vor der Einleitung seines Kampfes auf der Ruhr gegen das deutsche Volk zunächst in Frankreich über die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse den Sieg davonzutragen.

Und so ließ denn Poincaré-la-Ruhr am 10. Januar einen Einbruch in die Räume der „Humanité“ und der CGTU, ausführen und zugleich die populärsten Führer des französischen Kommunismus unter der Aufsicht des Hochverrates in das Gefängnis werfen.

Nachdem er auf diese Weise seine Etappe gesichert, rückte er dann am nächsten Tage, am 11. Januar, wohlgemut und stolz in das Ruhrgebiet vor. Die gleich ihm durch ihren Haß und ihre Verachtung gegen das Proletariat verblendete französische Bourgeoisie hoffte, die Arbeiterklasse terrorisieren zu können, indem sie sie erhaupete. Auf ihren Befehl hin verstärkte Poincaré seine Interdiktionspolitik. Dadurch wurde, ganz wie wir vorausgesehen haben, der Klassencharakter des Gemetzelns vollends offenkundig. Die vernünftigen Leute und sogar die Kleinbürger selbst begriffen immer deutlicher, daß der Kampf um das Ruhrgebiet in seiner Weise ein nationaler Verteidigungskrieg ist, sondern vielmehr nur ein Raubzug, ein gewaltsames Ringen zwischen Herrn Poincaré, dem Agenten von Vauchoir und Schneider, mit Herrn Cuno, dem Agenten von Stinnes und Thyssen.

Trotz der furchtbaren partiellischen Heftkampagne der großen Presse, die durch godene Ketten an die Regierung gefesselt ist, von den Reformisten wieder unterstiftet wird, hat eine fünfjährige Agitation hingewirkt, um die breiten Arbeitermassen zur Anerkennung der Richtigkeit des kommunistischen Standpunktes zu bringen.

Das ist ein geradezu wunderbares Ergebnis. Und täglich befehlen neue Tatsachen und Ereignisse immer deutlicher diese außerordentliche Umwälzung der öffentlichen Meinung in Frankreich.

Die zwei jüngsten und beschneidenden Ereignisse dieser Art sind zweifellos der Streik der französischen Kohlenkrieger und die Doppelwahl des Genossen Marty in Paris.

Wir wissen, daß die Androhung dieses Streiks die Regierung in größte Verwirrung versetzt hat. Sie denunziert die Streikenden als Vaterlandsverräter, weil sie im Kriege den Burgfrieden gebrochen haben. Selbstverständlich haben die reformistischen Führer wieder eine Einheitsfront mit der Bourgeoisie. Sie verurteilen die „Streikanten“. Sie intrigieren mit den Unternehmern und verraten erneut die Arbeiterklasse.

Der Bergarbeitereverband ist in der Tat fast ganz in der Hand der alten CGU geblieben. Nur eine schwache Minderheit der Bergarbeiter hat sich um die Fahne der CGTU gefaltet. Und wenn man weiß, bis zu welchem Grade der Bergarbeiter vom Reformismus der Führer, die selbst jezt Jahren vor dem Interdiktionsplatt auf dem Bauche liegen, angefressen sind, so muß man es geradezu bewundern, daß trotzdem über Hunderttausend Bergarbeiter diesmal über den Kopf ihrer Führer hinweg dem Rufe des revolutionären Bergarbeitereverbandes gefolgt sind.

Wir wiederholen: Dieses Ergebnis ist an und für sich schon bewundernswürdig und großartig.

Die kluge Offenheit unserer Freunde entzieht aber die französischen Bergarbeiter auch zugleich noch ihrer altengeordneten Passivität. Sie retten sie vor den reformistischen Illusionen. Sie entfremden sie der alten CGU. Sie fähren sie zum Klassenkampf jurist. Sie impft ihnen die Freude am Kampfe und Kampfesbegeisterung ein. Sie wird

* Als Poincaré im Herbst 1921 zur Regierung gelangte, gab ihm die kommunistische Presse Frankreichs den Namen Poincaré-la-Ruhr (zu deutsch etwa: Kriegs-Poincaré). Nach Einbruch in das Ruhrgebiet bekam Poincaré den Namen Poincaré-la-Ruhr, zu deutsch: Ruhr-Poincaré, der Ueberwinder im Ruhrgebiet. D. Red.

Der Imperialismus des Vasallenstaates Belgien

Ein belgischer Genosse schreibt uns: An Größenschnelligkeit leidet gewöhnlich die Erwachsenen. Es gibt auch ausnahmsweise Sechsfüßler, die davon betroffen sind. Dies ist der Fall bei dem königlichen Vasallenstaat Belgien.

Die imperialistische Wildscham hat sich in den letzten Jahren in Belgien ausbreiten lassen. Belgien, ein Land von sieben Millionen Einwohnern, dessen eine Hälfte die Sprache der zweiten Hälfte nicht versteht, fing 1900 an, seine deutsche Zivilisation den 70 Millionen Kolonisten zu bringen und nahm ihnen dafür frische Kaffeebohnen und gelunde Gummiwaren ab. Nach 1918 sollte dieses "neutrale" und "unschuldige" Staat das holländische Limburg annektieren. Über England verbot diesen Kauf, weil Limburg ein Kohlengebiet ist. Der "neutrale" und "unschuldige" König Albert intrigierte in Luxemburg. Aber die Schmirindulgenzen von Frankreich einigten sich mit denen aus Venedig, wendeten sich gegen den Größenschnelligkeit des belgischen Monarchen. Endlich fand er in Eupen und Malmedy ein Stückchen entwaffnetes Land, um seine Eroberungstriebe zu stillen. Mit zwei verfallenen oder verlorenen deutschen Reichern, gründete er ein Kaiserreich. Jetzt träumt man in Brüssel von Rhein- und Ruhrgebiet.

Um die Kritik des belgischen Staates überhaupt zu verstehen, muß man immer an das Kohlengebiet denken. Wie bekannt, erstreckt sich das westeuropäische Kohlengebiet von Lens-Courrières in Frankreich über Mons-Genève in Belgien und über Heerlen in Holland bis Essen in Deutschland. England, um seine eigenen Kohlenmagazine zu befüllen, muß dieses Kohlengebiet auf möglichst viele Länder verteilen. England will nicht, daß die wasserreichen Kohlen von Belgien an Frankreich kommen, noch daß die holländischen Kohlen von Limburg nach Deutschland gehen. Außerdem will England nicht, daß der Hafen Antwerpen die maritime Macht von Holland und Deutschland verleihe. Als daher der französische Diplomat Graf v. Tappeler-Verdier die von Napoleon verlorenen Niederlande durch die Gründung eines königlichen Belgien erlosch, war die englische Diplomatie sofort einmündig. Seit 1830 ist Belgien eine französische Kolonie, wie Namur, Metz und Mosel.

Belgien wurde nach polnischem Muster organisiert. Der König ist nicht ein gewisser Albert I., sondern der französische Militärattaché. Er herrscht, weil er die öffentliche Meinung macht und die bürgerliche Presse mit einem Preislohn von 25 Millionen jährlich füttert. Die Festungen in Belgien liegen im Norden oder Osten gegen Deutschland; im Süden oder Westen gegen England oder Frankreich gibt es keine. Die Flamen, germanischer Abstammung, werden in französischer Sprache von ihren Offizieren kommandiert. Wer protestiert, wird bestraft. 1500 Soldaten wurden bestraft, weil sie nicht protestierten, weil sie gegen Deutschland nicht kämpfen wollten. Aber der wasserreiche Industrie von Charleroi Evreux Coppee, der U-Bot-Stein an Deutschland gegen Profit verkaufte, wurde durch die belgische Justiz 1920 freigesprochen. Also dieselbe Korruption wie bei den Patrioten der Wablingen Antin- und Sodafabrik.

Wie wird die kommunistische Idee in Belgien propagiert? Durch das Wochenblatt "Le Drapeau rouge" von Jacomette und Van Noortrecht, die beide für Deutschland in einem Kriege gegen die bürgerliche Presse mit einem Preislohn von 25 Millionen jährlich füttert. Die Festungen in Belgien liegen im Norden oder Osten gegen Deutschland; im Süden oder Westen gegen England oder Frankreich gibt es keine. Die Flamen, germanischer Abstammung, werden in französischer Sprache von ihren Offizieren kommandiert. Wer protestiert, wird bestraft. 1500 Soldaten wurden bestraft, weil sie nicht protestierten, weil sie gegen Deutschland nicht kämpfen wollten. Aber der wasserreiche Industrie von Charleroi Evreux Coppee, der U-Bot-Stein an Deutschland gegen Profit verkaufte, wurde durch die belgische Justiz 1920 freigesprochen. Also dieselbe Korruption wie bei den Patrioten der Wablingen Antin- und Sodafabrik.

Ein kommunistischer Stadtratsvorsitzender. Zum Stadtratsvorsitzenden in Hohenheim-Erding (Sachsen) wurde Genosse Degenerat, als Genosse Degenerat ein Sozialdemokrat, gegen den Antrag der hiesigen bürgerlichen Partei mit den Stimmen der Linken gewählt. Unsere Genossen hatten bei der letzten Wahl im Februar zwei Sitze erobert und wurden dadurch zur härtesten proletarischen Partei in der Gemeinde.

Die Ortsverwaltung des SPD in Herzburg a. G. mit kommunistischer Mehrheit. In der am 19. Februar in Herzburg a. G. stattgefundenen Wahl zur Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurden 15 Mitglieder gewählt, mit Ausnahme der beiden Gewerkschaftler, von Kommunisten besetzt. In der alten Ortsverwaltung befanden sich außer einem Kommunisten nur SPD-Leute.

Kommunistischer Gewerkschaftler. Die Gewerkschaftsleitung hat von "Kommunistischen Gewerkschaftler" eine Anzahl gebundener Exemplare des Jahrgangs 1922 herstellen lassen. Alle bisherigen Beschlüsse kommen noch diese Woche zur Erledigung. Um allen Genossen die Möglichkeit zu geben, sich dieses für ihre Arbeit unentbehrliche Nachschlagewerk und diese Fülle von Material anzuschaffen, ist der Preis für die Exemplare ausnahmsweise auf 2000 Mark herabgesetzt. Im Buchhandel beträgt der Bezugspreis 10 000 Mark. Bestellungen sind bei der in der Gewerkschaftsleitung der SPD, Berlin C 54, Rosenfelder Straße 38.

Gewerkschaftsbewegung Buchdruckerstreik im Bergischen Land. Im Bezirk Bergisches Land des Buchdruckerverbandes war ein Zustand infolge Lohnhörforderungen ausgetreten. Es erschienen daher im ganzen Bergischen Lande, Elberfeld, Barmen, Solingen, Schwelm usw. keine Zeitungen.

Die vom Regierungspräsidenten Dr. Grüninger eingeleiteten Einigungsverhandlungen wegen des Auslaufes der Buchdrucker im Bezirk Bergisches Land haben zu einer Einigung geführt. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen. Nur in Schwelm und in Remscheid dauert der Auslauf noch an. In Düsseldorf ebenfalls ein Buchdruckerstreik. Infolge Eingreifens des Regierungspräsidenten haben sich die Buchdrucker jedoch bereit erklärt, sich noch acht Tage zu gebären. (Grüninger, ein Sozialdemokrat, der die Durchbrechung des Achtstundentages in Westfalen fanatisierte, kann sich nicht alles).

Die Ortsverwaltung des SPD in Herzburg a. G. mit kommunistischer Mehrheit. In der am 19. Februar in Herzburg a. G. stattgefundenen Wahl zur Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurden 15 Mitglieder gewählt, mit Ausnahme der beiden Gewerkschaftler, von Kommunisten besetzt. In der alten Ortsverwaltung befanden sich außer einem Kommunisten nur SPD-Leute.

10 Prozent Lohnabzug für die Unternehmertische

Täglich mehren sich die Besen, daß die Regierung und die Industriellen die Löhne und Gehaltsempfänger auf das ungeschwehentlich belassen und ausbeuten, um selbst noch Kosten verschont zu bleiben. Dimal haben wir schon auf den unerhöhten Betrag des Lohnsteuerabzuges hingewiesen. Ein Vierteljahr lang spekulieren die Unternehmer mit den Arbeitergehältern und führen dann die Staatskassen ab. Die Regierung in stark entwerteter Gelde an Zeit aber soll die Manipulation noch größere Vorteile ausnützen. Der sozialdemokratische "Reinischen Zeitung" liegt ein Original eines Rundschreibens des Reichsverbandes der Industrie vor, das mit nachstehendem Inhalt abdruckt:

"Abteilung Nr. 24. Krefeld, den 5. Februar 1923. Sch. R. 1.

Mitteilungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Betrifft Einkommensteuer vom Arbeitslohn.

Auf Grund unserer Vermittlungen hat das Reichsfinanzministerium die Durchführungsbefugnisse zum Gesetz über das Arbeitslohn einer teilweisen Neufassung unterzogen. Wir weisen darauf hin, daß der Erlass vom 22. März 1922 (S. 3039), der den Arbeitgebern die Vergütung für die vierteljährliche Arbeitsleistung und die Vergütung für die Überstunden der Vergütung für den Monatslohn verwendet werden sollte, mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab aufgehoben werden ist. An Stelle dessen werden die Finanzämter ermächtigt, größeren genügende Sicherheit bietenden Arbeitgebern, die eine überhöhtige Lohnzahlung haben, statt der vierteljährlichen die jährliche Vergütung und die Vergütung für die Überstunden, Zuschweifungen und Zusammenstellungen zu gestatten. Wenn auch die Grenze von 1000 Arbeitnehmern vorgegeben ist, von welcher ab die jährliche Abrechnung zugelassen werden kann, so können doch die Finanzämter von sich aus diese Vergütung auch kleineren Betrieben schenken. Um die Arbeitgeber künftig die Vergütung und die Vergütung für die Überstunden, Zuschweifungen und Zusammenstellungen zu gestatten, mit dem das Marktentgelt verknüpft ist, wirksam zu entfalten, empfehlen wir, die den Handelstämtern und Verbänden angeschlossenen Arbeitgeber mit größeren Betrieben in ihren Bezirken umgehend auf diese Vergütung hinzuwirken.

Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen haben wir eine Eingabe an den Reichstag, die den Arbeitgebern die Vergütung für die Überstunden, Zuschweifungen und Zusammenstellungen zu gestatten, mit dem das Marktentgelt verknüpft ist, wirksam zu entfalten, empfehlen wir, die den Handelstämtern und Verbänden angeschlossenen Arbeitgeber mit größeren Betrieben in ihren Bezirken umgehend auf diese Vergütung hinzuwirken.

Dazu schreibt das obgenannte VSD-Blatt: "Das heißt in gutes, unheimlich-blaues Deutsch übertragen, den Arbeitgebern überläßt man auf ein Jahr die von den Arbeitern und Angestellten geleisteten Steuerbeiträge unversichert und ohne Gewandtheit als Reichsbeitrag. Wir fragen das Finanzministerium, wie es eine derartige Maßregel verträglich mit der Geldpolitik des Reichs, Staats- und Gemeindefinanzen und mit den Steuerangelegenheiten, die Tag für Tag gegenüber den Löhnen und Gehaltsempfängern begangen werden, und die Unternehmer seien gefragt, wie sie ihr Vorhaben in Einklang bringen wollen mit den künftigen Folgen von der Einkommensteuer, die der Staat der Arbeiter fordert. Sie verlangen Entschädigung für den Unternehmer, der kein Amt als Treuhänder des Reichs richtig auftritt, Vaterlandsliebe gegen künftigen Lohn. Das ist billig wie Bombenbrot."

Das stimmt vollkommen! Aber was folgt daraus? Daß man jetzt im Interesse der "nationalen Einheit" den Bürgerkrieg mit diesen Unternehmern absichtigt? Daß man der Regierung, die den Unternehmern diese Gewinne zugestanden hat, das Vertrauen ausspricht? Daß man sich grundsätzlich für den 10-prozentigen Lohnabzug einsetzt, so wie VSDG und VSD-Präsidenten gehandelt haben?

Daraus kann einzig und allein der Schluß gezogen werden, so wie schon die Arbeiter im Westen es begonnen haben, die Einkommen der Lohnarbeiter sich zu erkaufen. Nehmt sofort hierzu in den Betrieben Stellung!

Die Gewinne des Stinneskonzerns

Wir haben gestern die Abschlüsse der drei Montan-Gesellschaften des Stinneskonzerns mitgeteilt. Heute werden die Abschlüsse von Siemens & Halske A.G. und der Siemens-Schuckertwerke in Berlin bekannt. Die Siemens & Halske A.G. hat im Abgangsjahr 1922 17,2 Millionen auf 21,8 Millionen gestiegen. Der Reingewinn hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht. Er liegt auf 37 auf 172,2 Millionen. Während im Vorjahr auf 26 Millionen Mark Dividenden berechtigt waren, so sind es dieses Jahr 130 Millionen. Trotzdem erhöht sich die Dividende von 20 auf 80 Prozent. Siemens-Schuckert weist einen Rohgewinn von 28 gegen 0,1 Millionen auf und einen Reingewinn von 100 gegen 10 Millionen. Die Dividende liegt von 16 auf 80 Prozent, trotzdem das Aktienkapital von 14 auf 92 Millionen Mark gestiegen ist.

Es braucht nicht hervorhoben zu werden, daß in den Ausweisen und Bilanzen der verschiedenen Gesellschaften die tatsächlichen Gewinne nicht zum Vorschein kommen. Aber die Dividenden nicht

Vom Tage

Große Schießungen. Große Durchschüsse wurden auf dem Jankenturm in Berliner Stadtteil Alt-Moabit erbeutet. Zwei Jankenturm war es durch Beschuss von Hilfsangehörten des Jankenturms und von Angestellten von Expedienten gelungen, mit Hilfe von Auszubildenden, die ihnen von ungetreuen Nachschaffungen verschafft waren, Güter aller Art ins Ausland zu expedieren. Dem Staat sollen Millionen an Schäden entstanden sein. Eisher sind etwa vierzehn Personen verhaftet.

Bankrott im Kino. In einem Kinoteater nahe dem Südfriedhof trug gestern während einer Vorführung für Jugendliche im Vorführsaal Feuer aus. Der Zuschauerraum verqualmte in kurzer Zeit und eine Panik bemächtigte sich der anwesenden Kinder, von denen etwa zwanzig verletzt wurden, darunter vier schwer verletzt. Das Feuer löschte wurde mit Eile gelöscht.

Seltiges Erdbeben gemeldet. Auf der Hamburger Hauptkation für Erdbebenforschung wurde ein sehr heftiges Erdbeben aus etwa 8000 Kilometer Entfernung festgestellt. Die Aufzeichnungen dauerten fünf drei Stunden.

Aus der Provinz

Konferenz der SPD des Kreises Delitzsch. Die Kreisleitung hatte für Sonntag, den 25. Februar, die Ortsgruppen zu einer Konferenz zusammenberufen. Genosse Schmidt (Süd) sprach über die politische Lage und erstattete Bericht vom Kreisparteitag. Die Genossen Kiesel, Flach, Frick und Hartmann unterstützten oder ergänzten die Ausführungen. In den tatsächlichen Fragen, vor allem in der Stellungnahme des

Der kühne Griff! nur im Stinneskonzern, sondern auch in anderen Gesellschaften zeugen von den großen Gewinnen. Von 113 Aktienbrauereien, die bisher ihre Geschäftsberichte für 1922 abgaben, haben 2 Brauereien 100 Prozent Dividende, 10 Brauereien 50 bis 75 Prozent, 9 Brauereien 40 bis 50 Prozent, 22 Brauereien 30 bis 39 Prozent verteilt. Die Durchschnittsdividende betrug 27,7 gegen 15 Prozent im Vorjahr.

Die Chemische Fabrik Eidelstedt vorm. Osadomski zahlte 106 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahr. Die Warentransportanstalt Hamburg weist einen Gewinn von 10 Millionen gegen 1 Million im Vorjahr auf.

Die Profite der Brauer

In den letzten Wochen haben zahlreiche Brauereigesellschaften ihre Abschlüsse für das Jahr 1922 veröffentlicht. Die Bilanz zeigt, wie schlecht es den armen Brauern geht! Die meisten haben ganz gewaltige Abschreibungen vorgenommen und den Reingewinn gegenüber dem Vorjahr noch vermindert. Nur verhältnismäßig wenige Aktiengesellschaften verteilen unter 30 Prozent Dividende; viele haben die Dividende bis auf 50 und mehr Prozent erhöht. Einige Beläge:

Görlicher Akt.-Brauerei	30 Prozent
Brauhaus Nürnberg	30 Prozent
Engelhardt-Brauerei	30 Prozent
Kaiser-Brauerei A.G. Düsseldorf	40 Prozent
Reinhold-Brauerei A.G. Düsseldorf	50 Prozent
Schäfer-Schmalz-Brauerei Söcking	50 Prozent
Wagner-Brauerei Riedel & Co.	50 Prozent
Mühlberg-Brauerei A.G.	58 Prozent

Die Fortsetzung wertvollen Getreides und die Zerstörung des Rohstoffs durch Alkoholproduktion ist im neuen Deutschland immer noch ein recht sinnloses Geschäft, das nur verhältnismäßig wenige Aktiengesellschaften betreiben, die sich beschränken und von einer Umstellung ihrer Betriebe nichts wissen wollen. Wenn ihnen ein so ausgeprägtes Hunger- und Leerungsjahr wie 1922 solche Reinerträge eingebracht hat, so darum, weil die Wägen bei ihrer jetzigen geistigen Einstellung kein anderes Berechnungs- und Behandlungsmittel anwenden als den Alkohol!

Der Edelmut der Kapitalisten

Ogleich die Unternehmer heute wahrnehmbare Gewinne einheimen, fahren sie fort, ihre Ausbeutung zu steigern, den letzten Tropfen aus dem Mark der Arbeiter herauszusaugen. Im Februar 1923 betrug die Lohnsumme in der Industrie 72 Prozent und im Dezember 88 Prozent der gesamten Einkommensteuer auf. Die Unternehmer aber zahlen die Steuer in der entwerteten Mark nach Monaten und Jahren. Aber auch diese beispiellose Ausbeutung der Arbeiter helfen die Kapitalisten durch neue Ausbeutungsmethoden in dem steigenden Lohn zu erhalten. So werden auch noch höhere Löhne als Tagelohn gezahlt werden können.

Ein sehr lehrreiches, ergänzendes Beispiel liefern die Chemiker Arbeitgeber-Verbände. Bereits am 30. März vorigen Jahres beschloß die Chemiker-Stadtratsverordnetenversammlung, die eine kommunalpolitisch-sozialdemokratische Mehrheit hat, gegen die Stimmen der Sozialisten eine Lohnsteuer von 10 Prozent von den Unternehmern zu erheben. Jeder Arbeitgeber ist danach verpflichtet, 1 Prozent der Summe, die er an Löhnen und Gehältern zu zahlen hat, an die Stadt abzuführen. Aus diesen so genannten Einnahmen sollen die Ausgaben der sozialen Fürsorge bestritten werden. Wer nun glaubte, daß die Unternehmer den Beschlüssen der Stadtratsverordnetenversammlung Nachdruck tragen, wurde gründlich enttäuscht. Die "Allgemeine Zeitung", das Chemiker-Stinnesblatt, bringt in Nr. 42 vom 20. Februar d. J. einen Bericht über die Vollversammlung des Hauptauschusses Chemiker Arbeitgeberverbände, aus dem v. a. ersichtlich ist, daß die Unternehmer gegen diesen Beschluß beim höchsten Verwaltungsgericht Beschwerde einbringen werden. Die Unternehmer wünschen um so mehr herabgesetzte Gehälter zu haben, als bereits der Reichsrat einen Beschluß dahingehend gefaßt hat, daß die soziale Abgabe nur 86 v. H. d. des Lohnes-Steuerbeitrages geeignet ist, die Reineinnahme zu lämtern. Prohlernd schreibt das Stinnesblatt: "Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die soziale Abgabe durch den mit Energie geführten Kampf als abgelehnt wird."

Die Oberrepublik von Stinnes Gnaden sieht an jedem Lohnstage den Lohnarbeiter und Angestellten 10 Prozent vom Lohne ab, die Unternehmer aber kämpfen mit Mühen und Jahren gegen den Abzug von nur 1 Prozent. Diese Zahlen sprechen so deutlich, daß der Kampf der Arbeiterklasse unermüdet weitergehen muß. Dieser Kampf ist nicht in den Parlamenten auszufechten, sondern er muß sich führen auf die außerparlamentarischen Positionen, auf die Betriebsräte und Gewerkschaften.

Wucher-Zustig

In Berlin stand ein bekannter Konditor, der die Lebensmittel in allen Kassen und Läden verlor, wegen Schleichhandels mit Mehl, Fett, Zucker usw. unter Verhaftung. Er wurde wegen Gefährdung, die aber in eine Geldstrafe von lumpigen 7500 Mark, umgewandelt wurde, die der reiche Konditor im Hundsbüchsen an ein paar Tausend Kasse mit Kuchen verlor. Ein anderer Konditor handelte gleichfalls in Berlin unter Verstoß gegen verbotene Abgabe von Schokolade, an der die Richter nicht angingen, während die Konditorin in Berlin unter Verstoß gegen verbotene Abgabe von Mehl, Fett, Zucker usw. unter Verhaftung. Er wurde wegen Gefährdung, die aber in eine Geldstrafe von lumpigen 7500 Mark, umgewandelt wurde, die der reiche Konditor im Hundsbüchsen an ein paar Tausend Kasse mit Kuchen verlor. Ein anderer Konditor handelte gleichfalls in Berlin unter Verstoß gegen verbotene Abgabe von Schokolade, an der die Richter nicht angingen, während die Konditorin in Berlin unter Verstoß gegen verbotene Abgabe von Mehl, Fett, Zucker usw. unter Verhaftung. Er wurde wegen Gefährdung, die aber in eine Geldstrafe von lumpigen 7500 Mark, umgewandelt wurde, die der reiche Konditor im Hundsbüchsen an ein paar Tausend Kasse mit Kuchen verlor.

Parteitages zur Arbeiter-Regierung wurde der Standpunkt der Mehrheit des Parteitages angenommen. Genosse Hartmann behauptete, daß der Parteitag nicht die notwendige Zeit hatte, um die kommunalpolitische Frage ausführlicher zu behandeln. Im Schlußwort ging der Gen. Schmidt nochmals auf die Frage der Arbeiter-Regierung ein. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:

Die Delegierten der Konferenz des Kreises Delitzsch der SPD. haben den Bericht vom Kreisparteitag angenommen. Sie sind mit den Beschlüssen einverstanden und sind gewillt, mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, für die Errichtung der Arbeiter-Regierung zu kämpfen. Sie sind ebenfalls gewillt, die Parteitage einzuleiten und werden zu verhindern wissen, daß die Parole Arbeiter-Regierung zu einem leeren Schlagwort wird. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Proletariat möglichst bald die Klassenpartei gegründet wird, und zwar sobald dies für Deutschland notwendig erscheint.

Zum zweiten Male gab der Genosse Treisch den Bericht der Parteitag. Er behauptete, daß sich auf verächtlichen Gebieten manches gehandelt habe; er wünscht, daß in Zukunft die Beantwortung von Anfragen, vor allem über finanzielle Unterlagen, besser und schneller erledigt werden. Betrieben sind auf der Konferenz alle Ortsgruppen und kann dies als ein gutes Zeichen für unsere unzufriedene Lage angesehen werden. Genosse Kiesel, Genossin Kuntze und Genossin Schmidt, die die Beschlüsse des Parteitages in der Diskussion der Beiträge, Presse- und Literaturfrage, stellten Fortschritte in der Gewerkschaftsbewegung fest, geben neue Anregungen, um auf gewerkschaftlichem und kommunalpolitischem Gebiet noch besser arbeiten zu können. Von der Parteileitung wird für die nächste Zeit eine Zusammenkunft der Gewerkschaften in der Provinz verlangt. Eingeleitet wurde, die internationalen Frauenwochen und die Feste zum 18. März auf vorzubereiten.

Zum dritten Punkt wurde die bisherige Kreisleitung wiedergewählt. Nach einer kurzen Schlussbemerkung des Genossen Treisch fand die ausgedehnte Konferenz ein Ende. Für den Kampf der Partei wurden 6810 Mark gemeldet.

